

Zum 70. Jahrestag der Gründung der DDR



Beiträge von Emil Carlebach, Ludwig Elm, Friedrich Wolff, Arnold Schölzel und Karl-Eduard von Schnitzler

Inhalt

Emil Carlebach Interview mit Wilhelm Pieck	1
Emil Carlebach Interview mit Otto Grotewohl	3
Ludwig Elm „Stasi-Forschung“ exemplarisch: Hochstapeln und denunzieren	5
Friedrich Wolff Dreißig Jahre und weiter keine Gerechtigkeit	8
Arnold Schölzel „Sagen wird man über unsre Tage ...“	10
Karl-Eduard von Schnitzler Zum Umgang mit der DDR	13

Interview mit Wilhelm Pieck

Welches sind die entscheidenden Voraussetzungen des Wiederaufbaus Deutschlands?

Die entscheidende Voraussetzung für den Wiederaufbau Deutschlands ist die Schaffung der Einheit des gesamten werktätigen Volkes, der Arbeiter und Bauern, der Angestellten und Handwerker, der Beamten und werktätigen Intelligenz.

Das größte Unglück für unser Volk war seine innere Zerrissenheit, daß es den reaktionären Kräften gelang, das Volk zu spalten, um darauf ihre Herrschaft zu begründen. Es ist jetzt die wichtigste Aufgabe aller antifaschistisch-demokratischen Parteien, unser Volk in allen praktischen Lebensfragen zu einigen.

Dazu gehört vor allem die Ausrottung des Faschismus und Militarismus, die Entmachtung der Kriegstreiber, die Bestrafung der Kriegsverbrecher und die Säuberung des kommunalen und staatlichen Apparates wie auch der Betriebsleitungen von faschistischen Elementen.

Vor allem gilt es, das gesamte Bildungswesen vom Faschismus zu säubern und die Jugend im antifaschistisch-demokratischen Geiste zu erziehen.

Die zweite wichtige Voraussetzung sehe ich in der demokratischen Neugestaltung Deutschlands. Die neue Demokratie muß vom Antifaschismus getragen sein und dem werktätigen Volk den ihm auf Grund seiner wirtschaftlichen Bedeutung und seiner Zahl zustehenden Einfluß in der Kommune und im Staat verschaffen. Die demokratischen Rechte auf allen Gebieten des politischen und geistigen Lebens müssen im weitesten Sinne entwickelt und gesichert werden.

Ferner ist es notwendig, in allen Fragen der Wirtschaft die fortschrittlichsten Kräfte zu fördern und ihren Einfluß auf die Gestaltung der Wirtschaft zu steigern. Dazu gehört auch die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der werktätigen Volksmassen, denen ein wachsender Anteil an dem Arbeitsertrag gesichert werden muß. Hier steht vor den Gewerkschaften eine große Aufgabe.

Zur Durchführung dieser Aufgaben ist die engste Zusammenarbeit aller antifaschistisch-demokratischen Parteien eine unerläßliche Bedingung.

Die Einsicht in diese Notwendigkeit ist unverkennbar im Volke und bei den Parteien vorhanden. Die unerhörte Not unseres Volkes, die durch die Hitlerherrschaft herbeigeführt wurde, und die Notwendigkeit, unser Volk aus dieser schweren Lage herauszuführen, ist der Kitt, der die Parteien aneinander bindet. Es handelt sich hierbei nicht um irgendwelche taktischen Manöver der einzelnen Parteien, sondern um eine absolute Notwendigkeit. An dieser Notwendigkeit werden alle Versuche scheitern, die alte Spaltungspolitik wieder aufzunehmen oder die Parteien gegeneinander auszuspielen. Jedenfalls nehmen wir Kommunisten die Schaffung und Sicherung dieser Einheit sehr ernst. Wir verfolgen keinerlei Sonderinteressen, sondern wir sehen nur die große Aufgabe des Wiederaufbaus Deutschlands.

Hat die Kommunistische Partei mit ihrer heutigen Einstellung zur Frage der Einheit und den Lebensfragen des Volkes eine Wandlung gegenüber der Zeit vor Hitler vollzogen?

Ich weiß, daß unsere heutige Stellungnahme von vielen als grundverschieden von der vor 1933 angesehen wird, aber das ist ein Irrtum. Wir können aus der Entwicklung unserer Partei nachweisen, daß sie seit ihrer Gründung im Jahre 1918 konsequent den Kampf für den Frieden und gegen den Militarismus, für die Demokratie und Freiheit, gegen die Reaktion, für die Verbesserung der Lage des werktätigen Volkes und gegen die Ausbeutungssucht des Großkapitals, für die Einheit und gegen die Spaltung des Volkes geführt hat.



Wilhelm Pieck zu Besuch im Haus der Kinder in Berlin, 3. November 1949

Ich erinnere besonders daran, welche Bemühungen wir unternahmen, um den einheitlichen Kampf des werktätigen Volkes gegen die Anschläge der Reaktion in der Weimarer Republik herbeizuführen. Wir haben immer wieder dahin gehende Einheitsfrontangebote gemacht. Daß der einheitliche Kampf nicht zustande kam und damit die Reaktion und der Faschismus schon im Sommer 1932 bei dem Sturz der Preußenregierung siegte und schließlich der Hitlerfaschismus zur Macht kam, hatte seine tiefen Ursachen in dem Einfluß, den die militaristisch-imperialistischen Kräfte in Deutschland auf das werktätige Volk ausübten und sehr gefährliche Illusionen hervorriefen. Aber es ist richtig, daß auch die Kommunistische Partei in ihrer damaligen Politik eine Reihe taktischer Fehler beging, die vor allem das Zusammengehen der kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiter erschwerten. Wir haben offen darüber in unseren Konferenzbeschlüssen gesprochen. Auch strategisch wurde von uns der Fehler begangen, daß wir damals unter der Zuspitzung der Klassengegensätze die Frage des Sturzes des Kapitalismus und der Aufrichtung des Sozialismus durch die Diktatur des Proletariats als aktuelle Kampffrage stellten.

Worin besteht jetzt das Wesentliche der Einheitspolitik der antifaschistisch-demokratischen Parteien?

Die große Katastrophe, in die unser Volk durch die Hitlerherrschaft und den Hitlerkrieg gestürzt wurde, stellt die höchste Aufgabe des Wiederaufbaus, die nur gelöst wer-



den kann in der einheitlichen gemeinschaftlichen Arbeit aller Antifaschisten und Demokraten.

Dieser Erkenntnis kann sich niemand verschließen, der unserem Volke helfen will. Selbstverständlich sind damit auch wesentlich andere Voraussetzungen für die Zusammenarbeit der Parteien geschaffen, die früher sich feindlich gegenüberstanden. Es ist selbstverständlich, daß auch die Kommunistische Partei sich in ihrer Politik neu orientieren und auf die Zusammenarbeit mit den anderen Parteien umstellen mußte.

Aus dieser Erkenntnis heraus, die auch bei den anderen Parteien maßgebend ist, wurde die Arbeitsgemeinschaft zwischen den beiden zentralen Parteileitungen der Kommunisten und Sozialdemokraten geschaffen, die in allen wichtigen politischen Fragen zusammenarbeiten. Die Aufgaben wurden in einer gemeinsamen Erklärung vom 19. Juni 1945 niedergelegt, und es wurde ein gemeinsamer Arbeitsausschuß gebildet. Der Drang der Mitgliedermassen der beiden Parteien ist auf die schnellste Vereinigung der beiden Parteien gerichtet. Es ist nur noch eine Zeitfrage, wann diese Vereinigung zustande kommt. Schon jetzt treten die Mitglieder beider Parteien zu gemeinsamen Verhandlungen zusammen, um über eine Reihe von ernststen Fragen des Wiederaufbaus zu beraten und zu beschließen.

Ich verweise hierbei auf die wichtige Frage der Durchführung einer demokratischen Bodenreform. Der Wille zur Einheit und der gemeinsamen Durchführung dieser großen Aufgaben hat auch in einer engen persönlichen Zusammenarbeit mit den Mitgliedern des Zentralaussschusses der Sozialdemokratischen Partei, insbesondere mit den beiden Vorsitzenden Otto Grotewohl und Max Fechner geführt. Ich sehe in dieser Zusammenarbeit eine Garantie des Zustandekommens der vollsten Einheit beider Parteien. Ein weiteres, sehr erfreuliches Resultat ist das Zustandekommen der Einheitsfront der vier antifaschistisch-demokratischen Parteien, wie sie in einer gemeinsamen Erklärung vom 14. Juli 1945 zum Ausdruck gebracht wurde. In dem gemeinsamen Ausschuß wurde eine Reihe wichtiger Fragen beraten und vollste Übereinstimmung erzielt. Das betrifft sowohl den Kampf gegen den Faschismus, den Ausbau der Demokratie, der Ausgestaltung der Selbstverwaltungsorgane und jetzt vor allem der Durchführung einer demokratischen Bodenreform.

Wenn auch in der Einschätzung der Lage und der durchzuführenden Aufgaben gewisse Nuancen bestehen, so ist doch das Entscheidende die Übereinstimmung in den Grundfragen. In den gemeinsamen Beratungen wird von den führenden Männern der Liberal-Demokratischen Partei, den Herren Koch, Schiffer, Külz, und den Herren von der Christlich-Demokratischen Union, Hermes, Lemmer, Kaiser, immer wieder das ernste Bemühen der völligen Verständigung mit den Vertretern der Kommunistischen und der Sozialdemokratischen Partei zum Ausdruck gebracht.

In dieser Zusammenarbeit der vier Parteien, die ihre Widerspiegelung auch in der Zusammenarbeit der Angehörigen dieser Parteien innerhalb der Gewerkschaften und ihren Willen zur Schaffung einheitlicher freier Gewerkschaften findet, liegt die Garantie für den Wiederaufbau Deutschlands und seiner demokratischen Neugestaltung und der Schaffung und Sicherung vor jeder weiteren Aggression von deutscher Seite, wie auch der Schaffung freundschaftlicher und friedlicher Beziehungen zu den anderen Völkern.

Die Kommunistische Partei setzt alles an die Erreichung dieser Ziele und ist entschlossen, die Einheitlichkeit und Zusammenarbeit mit den anderen antifaschistisch-demokratischen Parteien unter allen Umständen zu fördern.

Das Gespräch führte Emil Carlebach am 12. September 1945 in Berlin für die „Frankfurter Rundschau“.

Es durfte seinerzeit auf Anweisung der US-amerikanischen Besatzungsbehörden nicht gedruckt werden – ebensowenig wie das folgende Interview mit Otto Grotewohl.

Interview mit Otto Grotewohl

Welches sind die entscheidenden Voraussetzungen des Wiederaufbaus Deutschlands?

Es muß gelingen, Deutschland zu einem wahrhaft demokratischen Staate umzuformen. Dieser Umformungsprozeß ist notwendig, um das Vertrauen des Auslandes, insbesondere das Vertrauen der organisierten Arbeiterschaft der Welt, wieder zu gewinnen. Es muß gelingen, das werktätige deutsche Volk wieder zum politischen Denken zu erziehen und es zur Erkenntnis seiner geschichtlichen Aufgabe zu bringen, daß die Arbeiterklasse die Trägerin des neuen Staatsgedankens ist.

Es muß gelingen, das höchste und wertvollste Gut der Arbeiterklasse, die Einheit der Arbeiterschaft, herbeizuführen. Die neue Demokratie muß kraftvoll sein und unnachsichtig alle niederschlagen, welche die Demokratie nur nutzen, um sie zu schmähen und zu zertrümmern. In der neuen antifaschistisch-demokratischen Republik können demokratische Freiheiten nur denen gewährt werden, die sie rückhaltlos anerkennen. Die Freiheit der Meinungsäußerung in Wort, Bild und Schrift hat vor den Selbsterhaltungsinteressen des Staates und vor der Ehre und Achtung des einzelnen Staatsbürgers Halt zu machen. Vor dem deutschen Volke steht die große Aufgabe der Wiedergutmachung jener Schäden und Verwüstungen, die das Hitler-Regime über alle Staaten Europas vom Westen bis zum Osten, vom Norden bis zum Süden gebracht hat. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands anerkennt diese Pflicht, die das deutsche Volk nach Maßgabe der Leistungsfähigkeit aller seiner Schichten zu tragen hat. Dabei erwartet und hofft sie, daß die Welt dem deutschen Volk so viel Lebensmöglichkeit und Existenzgrundlage läßt, daß es diese schwere Aufgabe erfüllen kann. Die Verpflichtung zur Wiedergutmachung erwächst aus der Schuld des deutschen Volkes am Hitler-System und dem von Hitler im Namen des deutschen Volkes entfesselten Raubkrieg. Weite Kreise der deutschen Arbeiterschaft sind frei von persönlicher Schuld, weil sie Gut und Blut im Kampf gegen den Nazismus geopfert haben, aber die politische Schuld und Verantwortung wendet sich nicht an den einzelnen, sondern an das ganze deutsche Volk. Diese politische Gesamtschuld muß das Volk in seiner Gesamtheit tragen und anerkennen, weil es daraus allein die Kraft für eine verantwortliche Wiedergutmachung schöpfen kann. Der Idealismus der Jugend und der kommenden Generation ist mobil zu machen zu einem Kreuzzug gegen Hakenkreuz- und Gamaschenknopfgesinnung. Die Jugend muß wieder Achtung vor den Großtaten edler Menschlichkeit, vor dem Heldentum friedlicher Eroberung, Forschung und Entdeckung bekommen. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands will die Jugend erziehen zu aufrechten, freien und geraden Menschen, zu einer Generation

im demokratischen sozialistischen Geiste. Menschliche Anständigkeit, Vertragstreue, Zuverlässigkeit und Achtung vor den Lebensrechten anderer Nationen sollen die Fundamente für eine deutsche Politik der Zukunft werden, die Deutschland einmal gleichberechtigt unter die Völker dieser Erde zurückführen soll.



Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl am 7. Oktober 1949

Die aus der Uneinigkeit der Arbeiterschaft entstandenen Fehler von 1918 dürfen niemals wiederholt werden. In der Einheit liegt die größte Kraftentfaltung der arbeitenden Bevölkerung und aller freiheitsliebenden Kreise. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist darum bereit und entschlossen, mit allen gleichgesinnten Menschen und Parteien zusammenzuarbeiten.

Hat die Sozialdemokratische Partei Deutschlands mit ihrer heutigen Einstellung zur Frage der Einheit und den Lebensfragen des Volkes eine Wandlung gegenüber der Zeit vor Hitler vollzogen?

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat seit ihrem Bestehen die Einheit der Arbeiterklasse gewünscht. Seit den Tagen der unseligen Spaltung hat sie sich stets bemüht, die gefährdete Einheit wieder herbeizuführen. Dieses Ziel steht heute so im Vordergrund wie vor 1933. Aufmerksame Beurteiler der politischen Linie der Sozialdemokratischen Partei werden feststellen müssen, daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands bis 1933 konsequent zur Forderung der Einheitsfront der Arbeiterschaft stand und diese Forderung auch dann noch erhob, als die Grundlagen für eine Einigung, bedingt durch die verschiedenartige Einstellung der beiden Arbeiterparteien zur Demokratie, als nicht mehr gegeben angesehen werden konnte. Durch die Erklärung der Kommunistischen Partei Deutschlands in ihrem Aufruf vom 11. Juni 1945 ist eine Grundlage

zur übereinstimmenden Beurteilung des demokratischen Prinzips und damit zu einer gemeinsamen Arbeit beider Parteien geschaffen. Die Erklärung der KPD lautet:

„Wir sind der Auffassung, daß der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre, denn dieser Weg entspricht nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland. Wir sind vielmehr der Auffassung, daß die entscheidenden Interessen des deutschen Volkes in der gegenwärtigen Lage für Deutschland einen anderen Weg vorschreiben, und zwar den Weg der Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk.“

Es ist erfreulich, heute feststellen zu können, daß die Führungen beider sozialistischen Arbeiterparteien im Kampf für die Schaffung einer wahrhaften Demokratie zusammenstehen. Sie stehen zusammen für eine Demokratie, die nicht nur ein Lippenbekenntnis ist, sondern der Weg zum wahren Volksstaat. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands setzt sich heute so wie vor 1933 für die Schaffung eines Volksstaates ein. Die Fehler von damals, die im wesentlichen in einer Unterschätzung der Breitenwirkung der Ideologie des Nazismus bestanden, dürfen nicht wieder begangen werden. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat dem Nazismus in jeder Form schärfsten Kampf angesagt. Sie wird diesen Kampf schonungslos führen. Das deutsche Volk muß wieder hingeführt werden zu der Erkenntnis, daß wahrhaftes Menschentum, Wahrhaftigkeit der Gesinnung und Sauberkeit des Handelns nur möglich sind in einem Staate, der demokratisch aufgebaut und sozialistisch verwaltet wird.

Eine Wandlung zu den wirtschaftlichen Lebensfragen des deutschen Volkes hat die Sozialdemokratie gegenüber der Zeit vor Hitler nicht vollzogen. Wo das der Fall zu sein scheint, ergibt es sich aus der Eindeutigkeit der aus der Vernichtung und dem Zusammenbruch erstehenden zwangsläufigen Fragen. Darum fordern wir und arbeiten wir zur Zeit für die Sicherung der Ernährung und den lebensnotwendigen Bedarf der breiten Volksmassen an Wohnung, Kleidung und Heizung. Das alles brennt uns auf den Nägeln. Darum lassen wir aber unsere weitergesteckten Ziele, die auf einen klaren und einfachen Neubau der Verwaltung und Wirtschaft gerichtet sind, nicht aus dem Auge wie schließlich überhaupt alle Fragen der Wirtschafts-, Sozial- und Kulturpolitik ausgerichtet werden auf unser Fernziel: den Sozialismus.

Worin besteht jetzt das Wesentliche der Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien?

Es ist die Aufgabe aller antifaschistisch-demokratischen Parteien, den Wiederaufbau Deutschlands mit allen Kräften zu betreiben. Aus der Zusammenarbeit so verschiedenartiger politischer Parteien und deren Zielsetzungen entstehen Probleme, an deren Lösung mitzuarbeiten der Sozialdemokratischen Partei höchste Pflicht ist.

Die Mitarbeit wurde in zweifacher Hinsicht aufgenommen. Zwischen dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands und dem Zentralausschuß der Sozialdemo-

kratischen Partei Deutschlands wurde am 19. 6. 1945 ein gemeinsamer Arbeitsausschuß gebildet, der mit einem Aufruf vom gleichen Tage sich an das deutsche Volk wandte. In dem Aufruf werden insbesondere die Arbeiterorganisationen in Stadt und Land zu gemeinsamer Arbeit aufgerufen. Alle maßgeblichen politischen Fragen sollen in voller Gleichberechtigung beraten und durchgeführt werden. Alle ideologischen Probleme sollen in freundschaftlicher Aussprache geklärt werden, bis aus gemeinsamer Arbeit und gemeinsamem Gedankengut, gleichsam zwangsläufig, die Parteischranken fallen und sich die Einheit der Organisation entwickelt. Die Einheitsorganisation der deutschen Arbeiterschaft kann nicht aus Deklamationen, sondern muß aus Aktionen heraus erwachsen. Auf breitester Basis wurde die antifaschistische Arbeit gestellt durch die Schaffung der Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien. Diese traten am 14. 7. 1945 zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen und wandten sich mit einem Aufruf vom gleichen Tage an das deutsche Volk. Die Hauptaufgaben, die sich der Ausschuß der vier antifaschistischen Parteien stellte, sind:

- Zusammenarbeit im Kampf gegen den Hitlerismus
- gemeinsame Anstrengungen zur Durchführung eines raschen Wiederaufbaus
- Herstellung der Rechtssicherheit
- Sicherung der Freiheit des Geistes und des Gewissens und der Achtung vor jeder religiösen Überzeugung
- Wiedergewinnung des Vertrauens der Welt und Bereitschaft zur Durchführung der Maßnahmen der Besatzungsbehörden und Anerkennung der Pflicht der Wiedergutmachung.

Die Zusammenarbeit der vier Parteien erfährt ihre Ergänzung in der Zusammenarbeit mit dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist bereit und willens, mit allen aufbauwilligen Kräften des deutschen Volkes den Kampf gegen den Faschismus

für die Freiheit des Volkes
für die Demokratie und
für den Sozialismus

zu führen.

Das Gespräch zwischen Otto Grotewohl und Emil Carlbach fand am 14. September 1945 in Berlin statt.



Gedenkmünze aus dem Jahr 1973

„Stasi-Forschung“ exemplarisch: Hochstapeln und denunzieren

Mit dem *Gesetz über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen (! – L. E.) Deutschen Demokratischen Republik* (Stasi-Unterlagen-Gesetz – StUG) vom 20. Dezember 1991 wurde eine seither fortgeschriebene Sondergesetzgebung eingerichtet, die insbesondere für Ostdeutsche das grundgesetzliche Gebot der Rechtsgleichheit (Art. 3, Abs. 1 und 3, GG) bedingt aufhebt und politisch willkürlich zu rechtfertigen sucht. Die von Karl Jaspers in seiner Schrift „Die Schuldfrage“ von 1946 allgemeingültig postulierte Unterscheidung von krimineller, politischer, moralischer und metaphysischer Schuld wird in der Auslegung und Anwendung des Gesetzes von Anbeginn ebenso absichtsvoll verwischt oder verdrängt wie im generell herrschenden Umgang mit Gesellschaft und Geschichte der DDR. Sie wäre dem Drang nach diffuser Kriminalisierung und Denunziation hinderlich. 1994 bis 2011 wurden acht Gesetze zur Änderung des StUG verabschiedet. Im 3. Änderungsgesetz vom Dezember 1996 wurde beispielsweise ergänzend eingefügt: „§ 46a – Einschränkung der Grundrechte. Das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10 des Grundgesetzes) wird nach Maßgabe dieses Gesetzes eingeschränkt.“

Eigentliches frag- und kritikwürdiges Novum wurde die damalige unverzügliche Aufhebung der zuvor und daneben strikt geltenden gesetzlichen Vorgaben zur Verwahrung, Einsicht und Verwendung von Akten sowie der strengen Regelungen zum Umgang damit. Sie bedeutete insbesondere, den Schutz von Persönlichkeitsrechten zugunsten anderer Ansprüche und politischen Interessen weitgehend zu suspendieren. In der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ vom 17. März 2019 ist anlässlich der längst überfälligen, nunmehr absehbaren Übergabe der Stasi-Akten an das Bundesarchiv zu jenen Vorgängen zu lesen: „So war es auch möglich, daß – erstmals überhaupt auf der Welt – die Menschen sofort in ihre Geheimdienst-Akten schauen konnten.“ Superlative sind medial und politisch beliebt. Unerwähnt bleibt damit weiterhin, daß trotz des Drängens von Betroffenen 1990/91 es ohne weitere unabdingbare Voraussetzungen nicht dazu gekommen wäre: Von Ausnahmen abgesehen (denen rücksichtsvoll – wie im Fall von H. Kohl – Rechnung getragen wurde) betrafen die Akten nicht die Vergangenheit derjenigen, die in diesem Land macht- und medienpolitisch das Sagen haben. Andernfalls wäre es nie zu einer extensiven Offenlegung gekommen, wie das Beispiel BRD ab 1949 eindringlich beweist. Das Vorgehen seit 1991 erfüllt Interessen der vorrangig antikommunistischen Massenbeeinflussung einschließlich der steten Wahrung des linken Feindbildes und eröffnete Möglichkeiten, dieses langfristig unablässig zu bedienen. So geschah es in bisher nahezu drei Jahrzehnten und wird weiterhin gepflegt.

In der Anhörung des Ausschusses des Bundestages für Kultur und Medien am 27. Juni 2011 zum 8. Änderungsgesetz zum StUG hatte der angesehene Freiburger Rechtsanwalt Michael Kleine-Cosack als von der Linken eingeladenen Sachverständiger die fragwürdigen Voraussetzungen und Komponenten

kritisiert. Später äußerte er zu der erfolgten Novellierung einschließlich der erneuten Verlängerung der Überprüfungsfrist bis 2019: „Die aktuelle Novelle stellt nunmehr alles in den Schatten, was in den vergangenen 20 Jahren an verfassungswidrigen Normen von den gesetzgebenden Körperschaften in Deutschland zur Vergangenheitsbewältigung beschlossen wurde.“ Da es rechtlich folgenlos sei, bleibe „die öffentliche Bloßstellung durch Denunziation“, die „nach 1990 von der Stasi-Unterlagenbehörde mit Hilfe von Teilen der Presse immer wieder intensiv gepflegt“ wurde. (FAZ, 17. November 2011) Dem *Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen* wurden weitgehende Vollmachten zur Leitung und Handhabung übertragen. Er kann Mitteilungen an öffentliche und nicht-öffentliche Stellen vornehmen, ihnen Einsicht gewähren und Dokumente herausgeben. Eine Liste nannte Organisationen sowie Institutionen, Leitungsebenen und Berufsgruppen der DDR, bei denen die Zugehörigkeit Überprüfungen gebietet. Es wurden Außenstellen der StU-Behörde geschaffen sowie Landesbeauftragte in den ostdeutschen Bundesländern eingesetzt. Diesem Netzwerk wurden Kompetenzen für Forschung und Bildung zugeordnet, die seither großzügig gefördert werden und die Kooperation mit entsprechenden Partnern und Einrichtungen entwickelten. Die 1998 vom Bundestag beschlossene Stiftung zur Aufarbeitung der „SED-Diktatur“ institutionalisierte und ergänzte erheblich diese Bestrebungen. Ebenfalls finanziell üppig ausgestattet, ist sie über ursprüngliche legitime Ansprüche hinaus längst zu einer Schlüsselinstitution staatlich intendierter Geschichtspolitik geworden, die auf öffentliche Multiplikation durch die öffentlich-rechtlichen wie privaten Massenmedien zählen kann.

Die *Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung e. V.* (GRH) richtete in einem Schreiben vom 21. Juni 2018 21 Fragen an Roland Jahn, Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR, zu Aufgaben und Zukunft dieser Einrichtung und zum künftigen Umgang mit der DDR-Geschichte. Sie vertrete „jenen Teil der Bevölkerung Deutschlands, der seit Herstellung der staatlichen Einheit ausgegrenzt, diffamiert, sozial abgestraft und diskriminiert wird. Es sind Menschen, die für die DDR Verantwortung getragen haben und denen insbesondere eine Zusammenarbeit in und mit dem Ministerium für Staatssicherheit zur Last gelegt wird. Ihre Lebensleistungen werden verunglimpft, demokratische Gesinnung wird ihnen abgesprochen, berufliche und politische Karrieren werden verhindert.“ (Zitiert nach dem Wortlaut des Dokuments in: „junge Welt“, 3. 12. 2018) Es kam am 19. Oktober 2018 zu einem Gespräch mit Jahn; die übermittelten Fragen blieben unbeantwortet.

Exemplarisch seien einige Feststellungen (Frage 2) zitiert: „Die Behörde des Bundesbeauftragten begann ihre Tätigkeit mit 52 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Berliner Zentrale und den 14 Außenstellen der damals noch bestehenden Bezirks-Hauptstädte der DDR. Die Behörde entwickelte sich bis Mitte der 90er Jahre zum zentralen BRD-Staatsorgan für

die ‚Aufarbeitung der Stasi-Unterlagen‘ mit bis zu 3200 Beschäftigten und beschäftigte Ende 2016 immer noch 1600 Mitarbeiter. Die erst 1958 – also 13 Jahre nach der Zerschlagung des faschistischen deutschen Staates durch die Alliierten – in der Alt-BRD gebildete Zentralstelle für die Aufklärung von NS-Verbrechern in Ludwigsburg begann ihre Arbeit mit 600 Ermittlungsverfahren und hatte zu Zeiten der größten Arbeitsbelastung im Zeitraum 1967 bis 1971 ganze 121 Mitarbeiter und Beschäftigte. 2013 waren es noch 19.“ (Ebenda) Dabei sei vergleichend auf die fundamentalen Unterschiede zwischen DDR und NS-Diktatur zu verweisen, jedoch: „Für die BStU mußten die Steuerzahler bisher 2,5 Milliarden Euro aufbringen.“ Noch heute kostet sie innerhalb von vier Monaten soviel wie die Ludwigsburger Einrichtung „für die Aufklärung der NS-Verbrechen in den 31 Jahren von 1958 bis 1989“. (Ebenda) Die 2017 erschienene Studie von *Katharina Lenski** ist Resultat und Teil dieser weithin grundgesetzwidrig, aufwendig und öffentlichkeitswirksam inszenierten Anstrengungen. Sie setzt die Ausnahmegesetzgebung voraus, schöpft die auf diesem Gebiet eröffneten denunziatorischen Möglichkeiten weitgehend aus und bedient entsprechende politische Erwartungen. Die mich persönlich betreffenden Passagen sind exemplarisch hinsichtlich des Gesamtkonzeptes des Buches. Es gab für die mich betreffenden Ausführungen weder einen Anlaß in Form einer Verpflichtung gegenüber Dienststellen des MfS noch einer wissentlichen Kooperation mit ihnen.

Erstens: Überraschend war festzustellen, daß mir eine Dissertation zugesprochen wird, die ich nie geschrieben habe und die es daher auch nicht gibt. (S. 119) Der Verweis in der Fußnote 262 führt sogar zum richtigen Titel meiner parteiengeschichtlichen Doktorarbeit von 1964 (S. 549), demzufolge die Angabe im Text falsch ist. Meine tatsächliche Dissertation wird als unveröffentlicht angegeben (S. 119, Anm. 262, 265). Daraus ging jedoch 1968 eine Veröffentlichung im Akademie-Verlag Berlin hervor, die bei der forschenden Abfertigung nicht bemerkt wurde. Die Autorin erfand weiterhin, die (nicht-existente – L. E.) Arbeit habe „im Kontext der ‚Gegnerforschung‘“ gestanden, und darin fänden sich „besonders häufig die Schlagwörter ‚Revisionismus‘ und ‚ideologische‘ Zersetzung“. Sie unterstellte eine besondere Vorliebe für den Begriff der „Gegnerforschung“, womit ich auch die „DDR-Aufarbeitung“ bezeichnet hätte. Diese sei eine „bezahlte Auftragsarbeit einer kapitalistischen Lobby“. (S. 122) Letzteres ist ihr entlarvend gemeinter Originaltext, dessen Primitivität sie dem Kritisierten zuschreibt. Wo ist der bevorzugte Gebrauch von „Gegnerforschung“ (oder auch „Zersetzung“) nachweisbar und wo die von mir angeblich mit *diesem* Begriff bezeichnete „Aufarbeitung“ der DDR?

Zweitens: Willkürlich wird mit einem die antifaschistische Verantwortung der westdeutschen Bildung und Wissenschaft betreffenden Zitat aus meinem Buch „Hochschule und Neofaschismus“ (1972) behauptet, Elm „legitimierte die West-Arbeit der Staatssicherheit“. (S. 121) Der Text ist dafür ohne jede Beweiskraft. Die vorangehenden Sätze geben nicht meine Darstellung, sondern einmal mehr deren ideologisch

verkrampte Umschreibung durch die Verfasserin wieder. Offensichtlich sollen damit Konzept und Methoden der von Lenski unterbreiteten Auslegungen als schlüssig aufgewertet werden. Anschließend heißt es: „Die Verbindung von empirisch zu belegenden und nicht nachweisbaren Fakten“, in seiner Schrift nimmt das Verfahren der ‚Zersetzung‘ der Staatssicherheit vorweg, das 1976 in einer speziellen Richtlinie kanonisiert wurde.“ (S. 121) Was sind allgemein und insbesondere im damaligen Text „nicht nachweisbare Fakten“, und in welchen Passagen meiner Publikation finden sich diese ominösen Entdeckungen? Womit soll die absurde Konstruktion eines direkten Zusammenhangs zwischen einem von mir 1971/72 in Jena abgeschlossenen zeitgeschichtlichen Text und den laut Verfasserin 1976 vom MfS in einer Richtlinie für geheimdienstliche Aktivitäten fixierten und mir bis heute unbekanntem Vorgaben rechtfertigt werden? Welche „Zersetzung“ – seien es Personen oder Einrichtungen – habe ich „vorweg“genommen? Sollen dementsprechend altbundesdeutsche Kommunismusforschung und insbesondere Veröffentlichungen zur DDR künftig primär als Vor- und Zuarbeiten für BND, MAD, CIA, Staats- und Verfassungsschutz gedeutet und bewertet werden?

Drittens: Es wird bezüglich Elms beansprucht, „den Spuren seines Denkens“ nachzugehen sowie „seine Einordnung als Konservatismus-Experte neu zu betrachten“. (S. 121 f.) Wäre nicht wenigstens ein Minimum an Kenntnisnahme von dem vorauszusetzen, worüber weitreichende Urteile abgegeben werden? Vielleicht ist auch zu berücksichtigen, daß es zur Jenaer Konservatismusforschung Einschätzungen gibt, die auf Sachkenntnis beruhen. Jedoch: Die Literaturliste (S. 561) weist keinen einzigen meiner zahlreichen Beiträge zur Konservatismusforschung auf. Zwar wurde meine Bibliographie von 2004 angegeben, jedoch keiner der darin aufgeführten Beiträge analysiert. Gelegentlich gibt die Autorin jene oberflächliche Erwähnung hochstaplerisch als *Kapitel* zu „inhaltlichen Positionen“ der Konservatismusforschung aus. (S. 138, Anm. 47) Ihre Ignoranz hindert Lenski nicht, weitreichende Schlußfolgerungen zu unterbreiten. Da kein persönlicher Zusammenhang zwischen Elms Veröffentlichungen und der Tätigkeit des MfS nachweisbar ist – weil es ihn nicht gab –, werden unglaubliche Verbindungen erfunden. Die „Vermengung nachweisbarer Fakten mit Zuschreibungen und Vermutungen“ wird als Merkmal von Elms Denken und damit verbundener Handlungsoptionen behauptet, verbunden mit Ausfällen der bereits charakterisierten Art und wiederum ohne Belege. (S. 122) Die Abneigung oder das Unvermögen, auf den *Inhalt* der vom inkriminierten Autor vorgelegten Publikationen auch nur im Ansatz oder gar in ernst zu nehmender Weise einzugehen, verrät, was Lenski unter „neu zu betrachten“ im Sinne der zwanghaften Einordnung in doktrinär antikomunistische Vorgaben versteht. Herabsetzende Behauptungen, die unbewiesen verbreitet werden, sind als Entstellungen in denunziatorischer Absicht zu charakterisieren.

Viertens: Im unmittelbaren Anschluß an die Deutung einer nichtexistenten Dissertation ist zu lesen: „Im gleichen Jahr 1964 veröffentlichte Elm gemeinsam mit Gerhard Haney die Skandalschrift zum NS-belasteten CSU-Politiker Theodor Maunz, was mit seiner Tätigkeit für die Westkommission sowie mit

* Katharina Lenski: Geheime Kommunikationsräume? Die Staatssicherheit an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Campus-Verlag, Frankfurt/New York 2017, 618 S., 45 €

der Kampagnenpolitik der DDR gegen die Bundesregierung in Zusammenhang stand.“ (S. 119 f.) Die damit hergestellten Zusammenhänge suggerieren konspirative Kontexte. Tatsächlich ergaben sich solche Publikationen aus meinem Interesse an einschlägigen westdeutschen Geschehnissen. In jener Broschüre ist für seriösen Verweis zu lesen: „Herausgeber: Rechtswissenschaftliche Fakultät Friedrich-Schiller-Universität Jena. Verfaßt von Dr. G. Haney unter Mitarbeit von Dr. L. Elm und G. Baranowski“. Den von mir verfaßten faktenreichen Abschnitt „Maunz – Globke des Strauß“ bejahe ich im Rückblick uneingeschränkt, nicht zuletzt hinsichtlich der Würdigung der westdeutschen Kritiker von Maunz sowie weiterer Nazis in CSU und FDP, voran die damalige mutige junge Abgeordnete des bayerischen Landtags, Dr. Hildegard Hamm-Brücher (FDP). „Skandalschrift“ bedeutet für die Stasi-Forscherin nicht etwa die kritische Erörterung der *skandalösen* nahtlosen Karriere eines völkisch-antisemitischen Gestapo- und Kriegsideologen an der Universität Freiburg zum Lehrstuhlinhaber in München, Kultusminister der CSU-Regierung Bayerns, amtlich respektierten rechtswissenschaftlichen Kommentator des Grundgesetzes sowie diskreten juristischen Berater des Vorsitzenden der faschistischen *Deutschen Volksunion* (DVU) und anonymen Autor in dessen „National-Zeitung“. Die Sprache drückt vielmehr die Anfeindung der Jenaer Publikation von 1964 aus und ist als symptomatisch zur Kenntnis zu nehmen. Das ist deren heutige Diffamierung auf dem politisch-moralischen Niveau der bundesrepublikanischen Vergangenheitspolitik der 50er/60er Jahre.

Das gilt auch für die Wortwahl von der „Kampagnenpolitik der DDR gegen die Bundesregierung“. Da in Gegensatz zur BRD in der DDR antifaschistische Widerstandskämpfer, Verfolgte und Opfer des Faschismus maßgeblich zur öffentlichen Meinungsbildung beitrugen, waren Dokumentationen, Analysen und Kommentare zu den Auswirkungen der 1949 in Bonn eröffneten Schlußstrichpolitik bezüglich der Bilanz und Folgen des *Verbrecherstaates* (Karl Jaspers) das Mindeste, was zeitgenössisch zu tun war. Es stimmte mit einer vergleichbar motivierten und daher diskriminierten Minderheit in der Bundesrepublik sowie kritischen Beobachtern im östlichen und westlichen Ausland überein. Nimmt man die stattliche Gruppe ehemaliger Mitglieder der NSDAP im damaligen Kabinett Erhard und dessen Bemühen um die Verjährung sämtlicher Nazi- und Kriegsverbrechen ab 9. Mai 1965 mit in den Blick, ist die zitierte Aussage bezüglich des Adressaten antifaschistischer Kritik – die Bundesregierung – nicht einmal zu beanstanden. Die Rede von Elms damaligen „Propagandaschriften“ nimmt eine gängige Sprachregelung auch der neueren bundesdeutschen Geschichtsschreibung und Publizistik auf. Sie wertet pauschal Dokumentationen und Veröffentlichungen seitens der DDR als „Propaganda“ ab (*siehe u. a. den Wikipedia-Eintrag zum Stichwort DEFA-Dokumentarfilm, RF*), während der Begriff selbst für jene westdeutschen Verlautbarungen gemieden wird, für die er treffend wäre.

Mit einer fehlerhaften Zeitangabe – 1974 statt 1971 – wird mein Erwerb des Dr. sc. phil. (Habilitation) erwähnt. Es fiel der Autorin nicht auf, daß sie zugleich das Erscheinen des daraus, also *danach*, entstandenen Buches „Hochschule und Neofaschismus“ mit dem richtigen Jahr 1972 angibt. Ohne

den Hauptinhalt der Publikation auch nur andeutungsweise anzugeben (was bei etwas Sachlichkeit für ihr ideologisches Anliegen eher kontraproduktiv gewesen wäre), werden die Leser mit einer nach Terminologie und antikommunistischer Doktrin erwünschten und erneut simplifizierten Auslegung abgespeist. Diese Floskeln beanspruchen, eine sachgerechte Charakteristik und Interpretation meiner Forschungsergebnisse und Urteile zu sein.

K. Lenski schreibt wiederholt – offenkundig von der Sprachschöpfung für ihre Zwecke sehr angetan – über die „HJ-/Aufbau-Generation“ (S. 360 ff.). Ausgehend von dem Sachverhalt, daß die männlichen Geburtsjahrgänge im Deutschen Reich etwa ab den Jahren des Ersten Weltkrieges seit 1933 überwiegend – freiwillig oder gezwungen – der Hitler-Jugend (HJ) angehörten, wird die jüngere Generation der Nachkriegsjahre in der SBZ und DDR – vorzugsweise mit Blick auf aktive Gruppen in FDJ und SED – so tituliert. Wer das denunziatorische Motiv bezweifelt, sollte bereit sein, die Terminologie auf alle vier Zonen und erst recht die frühe Bundesrepublik anzuwenden. Es wäre dann naheliegend, dies auf ältere Jahrgänge auszudehnen. Wie wäre es mit: *Die NSDAP-, SA-, SS-, HJ- und Wehrmacht-Aufbau-Generation der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, der Bundeswehr und des Wirtschaftswunders* in der Bundesrepublik Deutschland? Dabei ist der Anteil führender Kreise aus Konzernen, Banken, Versicherungen, Verwaltung, Justiz, Medizin, Universitäten und Medien an vorangegangenen Verbrechen noch nicht einmal hinreichend angesprochen. Die FDJ als „Aufstiegsschleuse“ (S. 206) läßt – falls sprachlich wider Erwarten daran Gefallen gefunden wird – ein, den Begriff künftig auch auf *Junge Union* (JU), *Jungdemokraten* (DJD), *Jungsozialisten* (Jusos), und weitere Nachwuchsorganisationen der Nachkriegsjahre und späterer Zeiten anzuwenden. Das läge allerdings kaum in der Absicht der Urheberin; natürlich wurde die geschmacklose Intonation „zielführend“ geprägt und soll entsprechend ausgewählten Gruppen vorbehalten bleiben.

Elm habe, wird mitgeteilt, in der Westkommission der Bezirksleitung der SED „als wichtiger Kontaktpartner der Geräer MfS-Abteilung XV“ fungiert. (S. 119); nochmals später ähnlich als „Kontaktperson“. (S. 192) Erstmalig entnehme ich hier die wahrscheinlich erfolgte Durchdringung solcher Gremien mit Kadern oder Informanten des MfS. Sie war mir weder bekannt, noch gab es Anlaß, darüber Vermutungen anzustellen oder nachzufragen; von fehlenden, einschlägig etikettierten Mitteilungen, Anfragen oder Anforderungen an mich ganz zu schweigen. Die von Lenski gewählte Formulierung soll den Eindruck einer bewußten Teilhabe an geheimdienstlichen Aktivitäten vermitteln. Wiederum gilt: Wenn es an Tatsachen für eine erstrebte Interpretation mangelt, wird sprachlich nachgeholfen, den erwünschten Eindruck zu erzeugen. Übrigens habe ich in meinen Erinnerungen die von meinen zeitgeschichtlichen Interessen geleitete Mitwirkung in der „Westarbeit“ genannt sowie auf publizistische Ergebnisse verwiesen. Ich zweifle durchaus die Behauptung an, daß die Arbeitsgruppe „Westarbeit“ an der Universität „u. a. mit der Kontrolle und Überprüfung der Westreisenden beauftragt“ war. (S. 325) Das erscheint hinsichtlich der Zusammensetzung der Gruppe und der üblichen

Gepflogenheiten bezüglich Diskretion und Wachsamkeit auf diesem Gebiet als unwahrscheinlich.

Die hier erörterte Veröffentlichung ging aus einer an der Friedrich-Schiller-Universität (FSU) Jena 2015 mit *Summa cum laude* angenommenen Dissertation hervor und wurde „mit freundlicher Unterstützung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“ gedruckt. Im Anschluß an die oben unterbreiteten Eindrücke und Feststellungen läßt sich resümieren, daß die Autorin nebst ihrem thematischen Hauptanliegen die Forschungsergebnisse und Veröffentlichungen einbezogener Wissenschaftlerinnen der FSU nach flüchtiger Kenntnisnahme und mit abwertenden Bemerkungen hochstapelnd gleich rundum mit zu erledigen suchte. Die genannten Beispiele sind als exemplarisch für das anmaßende Vorhaben und dessen Resultate anzusehen. Wieso dies von Betreuern und Beratern sowie den Gutachtern als wissenschaftlich gangbarer und anerkannter Weg angesehen wurde, entzieht sich Lesern des Textes und kann nur vermutet werden. Die Umstände sind symptomatisch. Die Friedrich-Schiller-Universität Jena (FSU) verlieh – dem Zeitgeist beflissen dienstbar – zwei Leitern der Stasi-Unterlagenbehörde die Ehrenpromotion: Joachim Gauck (2001) und Roland Jahn (2018). Beide weisen als Behördenleiter sowohl bezüglich eines wissenschaftlich vertretbaren Herangehens als auch in ihrer

Auslegung der verbal geltend gemachten rechtsstaatlichen Normen im Umgang mit jüngster Vergangenheit – am Beispiel der DDR – erhebliche Defizite und destruktive Bilanzen auf. Das bildete für die Ehrungen ebensowenig ein Hindernis wie für deren politische und mediale, vorzugsweise applaudierende, Begleitung. Eine mutige Initiative für Ehrenpromotionen politischer Persönlichkeiten von außerordentlichem intellektuellem Rang wie Stefan Heym, Gerhard Zwerenz oder Gregor Gysi war von der FSU sowie von sonstigen Hochschulen in diesem Land ohnehin nicht zu erwarten. Die Repräsentanten der FSU widerstanden selbst im Jahr der 200. Wiederkehr des Geburtstages von Karl Marx – geistig und politisch unbeirrt von den weltweit dem bedeutendsten ihrer unzähligen Doktoranden zuteil werdenden Ehrungen – der Erwartung, seine 1992 ins Hinterzimmer verbannte Büste wieder der Öffentlichkeit dauerhaft zugänglich zu machen. Die Studien von Katharina Lenski fügen sich einschließlich ihrer spezifischen *Qualitäten* in das zeitgemäße politisch-moralische und akademische Sittenbild ein. Mit der Broschüre über Maunz von 1964, meinte sie, hätten G. Haney und L. Elm „erfolgreich den politischen Auftrag“ erfüllt. Diese Anerkennung sei auch ihrem Buch von 2017 zugesprochen.

Prof. Dr. Ludwig Elm, Jena

(Aus: „Marxistische Blätter“, 3/2019)

30 Jahre und weiter keine Gerechtigkeit

Vor fast dreißig Jahren ging der kalte Krieg zu Ende – sagte man –, und die DDR ging unter. In den Medien, den Tonangebenden, herrscht derzeit dennoch ein Ton wie in alten Zeiten, wie im kalten Krieg. Die DDR wird beschimpft, als gäbe es sie noch, und Rußland ist an allem schuld, als wäre es die UdSSR. Die Sieger des kalten Krieges sind nicht glücklich, die Wirtschaft schwächelt neuerdings, die EU ist uneins, Britannien scheidet aus, ein neues Wort beherrscht die Nachrichten: Brexit! Osteuropäische Länder schließen sich zusammen, machen eigene Politik und werden Visegrad-Staaten genannt. „Volksparteien“ werden von rechten Parteien in ganz Europa bedrängt. Die USA gehen eigene Wege, Trump droht mit einem Weltwirtschaftskrieg. In Europa werden kommunistische Parteien bedeutungslos. Eine neue Weltwirtschaftskrise droht. Schlimmer noch: Das Klima ändert sich, Tiere sterben aus, das menschliche Leben auf der Erde ist bedroht. Die Welt – so scheint es – gerät aus den Fugen. Der herrschende Neoliberalismus zeigt Verfallszeichen. Der Markt kann es nicht mehr richten. Was nun? Die Angst vor dem Sozialismus geht um. Sozialismus geht nicht, die DDR hat es gezeigt, heißt es. Die Furcht vor dem Sozialismus bestimmt das Bild, das die Sieger des kalten Krieges von der DDR verbreiten: Unrechtsstaat, Stasi, marode Wirtschaft.

Wie sah die DDR wirklich aus?

Die DDR war, was heute weitgehend unberücksichtigt bleibt, ein Kind des kalten Krieges. Die USA hatten 1947 das Kriegsziel verkündet, die sozialistischen Staaten aus den Gebieten, welche die UdSSR im II. Weltkrieg erobert hatte, zurückzudrängen (roll back). Die DDR war ein solches Kriegsziel. Angreifer im kalten Krieg waren die USA mit ihren Verbündeten, die DDR verteidigte sich, unterstützt von den anderen sozialistisch werdenden Staaten. Die Westmächte griffen auf allen Gebieten an: sie errichteten eine Blockade, sie gewannen viele Bürger mit Trugbildern vom Kapitalismus, eröffneten ein Wettrüsten. Das Ergebnis ist bekannt: Die Staaten des Warschauer Paktes unterlagen und mit ihnen die DDR.

Eine überragende Rolle im kalten Krieg spielten die Medien. Schon im heißen Krieg hatte man von psychologischer Kriegführung gesprochen. Domenico Losurdo schrieb: „In unseren Tagen spielt innenpolitisch die monopolistische Kontrolle, die die Großfinanz auf die Produktionsmittel der Gedanken und vor allem der Emotionen ausübt, eine bei weitem wichtigere Rolle als zu Zeiten von Marx.“ Ich glaube, die DDR (und die anderen sozialistischen Staaten) unterschätzten die Gefahr, die ihnen auf diesem Kampffeld

drohte. Sie glaubten wohl, der Sozialismus sei unbesiegbar: „Den Sozialismus in seinem Lauf halten weder Ochs noch Esel auf.“

Die kapitalistischen Mächte setzen fort, was sie 1947 begonnen hatten. Der Kampf zwischen Sozialismus und Kapitalismus geht weiter. China konkurriert mit den USA, sozialistische Ideen gewinnen Anhänger selbst in England und in den USA. Das Bild der DDR soll die Menschen vor dem Sozialismus warnen.

War die DDR zum Fürchten?

Das Schreckgespenst des aktuellen DDR-Bilds der Medien heißt „Stasi“. Dagegen hebt sich der Rechtsstaat dort vorteilhaft ab. In der DDR wurden Telefongespräche abgehört – nicht so in der BRD? Die Akten des Verfassungsschutzes bleiben verschlossen. Doch es gibt Lücken in der Geheimhaltung. Da schreibt z. B. Diether Posser in seinem Buch „Anwalt im kalten Krieg“ über einen Besuch: „Angemeldet hatte ich meinen unerwarteten Besuch nicht, weil ich damit rechnete, daß mein Telefon abgehört würde.“

War die DDR ein Unrechtsstaat?

Zunächst ist festzustellen, daß niemand weiß, was ein Unrechtsstaat ist. Der Begriff ist kein Rechts-, kein wissenschaftlicher Begriff, sondern schlicht ein Schimpfwort. Unrecht gab und gibt es in der BRD mehr, als es das in der DDR gab. Die Kriminalität ist größer, jeder weiß es. Als der Anschluß erfolgte, machte ich wie viele Berliner die Wohnungstür „einbruchssicher“. Heute braucht fast jeder einen Rechtsanwalt.

Wie stand es mit der Demokratie?

Sicher, da hatten wir Defizite. Der kalte Krieg war nicht demokratiefreundlich. Und wie ist es jetzt? Da ist ab und an zu lesen, was nicht in das offizielle Bild paßt:

ND (dpa) 30. 8. 2002 über die Vorstellung des Datenreports 2002 durch die Bundeszentrale für politische Bildung: „Mit dem Funktionieren der Demokratie sind 60 Prozent der West-Bürger zufrieden. Im Osten sind es lediglich 32 Prozent. 76 Prozent der Ostdeutschen halten den Sozialismus für eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt wurde. Im Westen ist jeder zweite dieser Meinung.“ Wolfgang Ullmann/ Reinhard Schult: „Wir haben es satt ... Aus einer Erklärung ehemaliger DDR-Bürgerrechtler“, Fraktions-Blätter – ND-Beilage – 12. 5. 2002: „Die Kommunikation zwischen Staat und Gesellschaft ist offensichtlich gestört.“ „Das war 1989 so, und das gilt heute wieder.“ „So können wir uns zwar alle vier Jahre bei den Wahlen für eine von vielen Parteien entscheiden. Wir stellen jedoch fest, daß die Programme dieser Parteien mit der Politik, die sie dann tatsächlich machen, kaum etwas zu tun haben.“

Hans Vorländer, Spiel ohne Bürger, FAZ 12. 7. 2011: „Die Euphorie des Jahrhundertbeginns ist verfliegen. Mehr noch: An ihre Stelle ist Skepsis, Kritik und auch eine gewisse Ratlosigkeit getreten. Vor allem die innere Entwicklung der etablierten Demokratien, von denen man früher als denen ‚westlichen Typs‘ gesprochen hat, gibt Anlaß, von einer grundlegenden Krise der Demokratie zu sprechen.“

„Die Krisenphänomene und Strukturprobleme der zeitgenössischen Demokratie sind leichter zu identifizieren, als Heilmittel anzugeben, mittels derer die Gefahren zu beheben sind.“ Hans Herbert von Arnim: Wer kümmert sich um das Gemeinwohl?, „Zeitschrift für Rechtspolitik“ 2002, S. 223 ff.: „Das Fazit ist ziemlich niederschmetternd: Die Demokratie ist in Deutschland kaum mehr als ein schöner Schein.“ Einzelmeinungen?

Was kennzeichnet die DDR wirklich?

Es gab keine Obdachlosen, niemand erfror auf einer Parkbank. Jeder hatte ein verfassungsmäßiges Recht auf Wohnung. Im Grundgesetz Art. 1 heißt es: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Obdachlosigkeit tastet anscheinend die Würde des Menschen nicht an. Den in Verteidigung der Existenz der DDR erschossenen Mauertoten steht die Zahl der Opfer des Kapitalismus, die geschätzten 800 000 Obdachlosen und die unbekannte Zahl der Erfrorenen gegenüber. Die einen werden jährlich gefeiert, die anderen bleiben anonym. Keine Obdachlosigkeit, das ist es, was die DDR u. a. charakterisiert, so wie Obdachlosigkeit den Kapitalismus charakterisiert.

Anderes kommt hinzu

Da gab es z. B. in der DDR ein unentgeltliches Gesundheitswesen. Niemand wurde operiert, nur weil es dem Arzt oder der Klinik nutzte. Alle Medikamente gab es unentgeltlich, sogar die Pille. Der Impfschutz war vollständiger, Tabletten fehlten nicht, weil der Markt sie nicht hergab.

Mehr noch: unentgeltliche Bildung für alle. Wer die Fähigkeit besaß, konnte studieren, gebührenfrei und mit Stipendium, das er im Gegensatz zum Bafög nicht zurückzahlen brauchte. Für Angehörige aus – wie man heute sagt – bildungsfernen Schichten gab es die Arbeiter- und Bauernfakultäten. Das bedeutete einen Gewinn für die gesamte Gesellschaft, wichtige menschliche Begabungen blieben nicht ungenutzt. Lehrer fehlten nicht, weil die Planung funktionierte. Studenten und Lehrlinge fanden Unterkunft in bezahlbaren Wohnheimen.

Der Flugplatz Berlin-Schönefeld entstand ohne Aufhebens, die Straßenbahnen, Omnibusse, U- und S-Bahn fuhren regelmäßiger, hatten genug Züge, und Personal gab es – trotz Republikflucht – nicht so wenig wie im Zeichen der schwarzen Null. Bei Bauten fielen nicht die Eisenträger vom Dach. Von der DDR hieß es nach 1990, alles sei marode, nun ist alles in der BRD marode. Der Kapitalismus zeigt Verfallserscheinungen. Der Sozialismus ist nicht tot.

Dr. Friedrich Wolff

(Leicht gekürzt aus: Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der Partei Die Linke, Heft 7/2019)

„Sagen wird man über unsre Tage ...“

Das Gedicht Kurt Barthels, genannt Kuba, dem die Überschrift entnommen wurde, endet mit den Worten: „Sagen wird man über unsre Tage: doch den Kriegen folgte jene Zeit der Wettbewerbe / und diese Zeit war der Anbeginn.“

Die Biographie Kurt Barthels, geboren 1914 als Sohn eines Eisenbahners und Kriegsgegners, gestorben 1967 in Frankfurt am Main, wohin er mit einem Programm zum 50. Jahrestag der Oktoberrevolution gefahren war, steht wie stellvertretend für Herkunft und Ziel des ostdeutschen Staates, der DDR, die mit Recht den Anspruch erhob, für die gesamte fortschrittliche deutsche Nation zu stehen: Malergeselle in Chemnitz, im März 1933 als 18jähriger Flüchtling in der Tschechoslowakei, Fortsetzung der Flucht nach England und dort als „feindlicher Ausländer“ zunächst interniert, dann Bauarbeiter in London, Heirat mit der jüdischen Emigrantin Ruth Berlowitz und mit ihr Rückkehr im Oktober 1946 in das zerstörte Berlin. Sein Freund, der Übersetzer und Lyriker Erhard Scherner, schrieb vor fünf Jahren zum 100. Geburtstag Kubas im „neuen Deutschland“: „Ich erlebe ihn in der Volkshochschule, ein schmaler Mann mit Sommersprossen und Rotschopf, keine Schönheit. Kuba liest und erzählt, rückt die Hornbrille, sein Gesicht blüht auf, er zieht den Saal in seinen Bann. Im zerstörten, hungernden Berlin spricht ein Mann vom Leben, von Schuld und von einer besseren Zukunft – dieses im Heute das Morgen Sehen: ein Wesensmerkmal seiner Poetik. Was gab es Besseres, als den Zweifelnden oder Verzweifelten in Nachkriegsdeutschland Mut zu machen. (...) Eher bei läufig gibt Kuba seine Geschichte preis. Ich höre von Dichtern, und er bietet die Gedichte dazu, auswendig: von Omar, dem Zeltemacher aus dem alten Persien bis zu Walt Whitman, Jiří Wolker, Majakowski und Brecht. Kubas unkonventionelles spontanes Wesen, seine den Jüngeren zugewandte Offenheit, sprach uns an. Der konnte träumen. War kein Maulredner. Glaubte, was er sagte. Das gilt ebenso für seine Texte, auch für die ‚Kantate auf Stalin‘ von 1949 (Musik: Jean Kurt Forest).“ Ja, da war manches klischeebeladen, formal unvollkommen, und zugleich, wie sich am oben zitierten Gedicht zeigt, sehr Beständiges. In der DDR wurden manche seiner Werke scharf kritisiert, andere wie die Ballade von Störtebeker große Publikumserfolge. In der Bundesrepublik ist er Unperson, einer der meistgeschmähten oder einfach totgeschwiegenen Dichter des ostdeutschen Staates. Das ist folgerichtig. Einer, der das „Französische“ und das „Jüdische Partisanenlied“ für das „Liederbuch der Nationalen Volksarmee“ übertrug, konnte und kann im Staat der als Bundeswehr wiedergegründeten Wehrmacht nur als Feind betrachtet werden.

Die BRD – ein Kriegsstaat

Die beiden vom deutschen Imperialismus entfesselten Weltkriege und die von ihm hervorgebrachte faschistische Diktatur bestimmten das Leben und das Werk Kubas – wie auch in umgekehrtem Sinn das seiner Gegner. Hier „Anbeginn“, dort Revanche für die Niederlage von 1945. „Spiegel“-Herausgeber Rudolf Augstein schrieb 1961 in der Zeitschrift „magnum“ unter der Überschrift „Waffen statt Politik“: „Die neue deutsche Armee wurde nicht gegründet, um den Bonner

Staat zu schützen, sondern der neue deutsche Staat wurde gegründet, um eine Armee gegen die Sowjets ins Feld zu stellen.“ So sei „militärischer Druck die Quintessenz bundesrepublikanischer Staatsräson“ geworden. Dieser bewaffnete Druck habe nicht, wie „die Schuldigen dieser Nichtpolitik, dieses militärischen Exhibitionismus“ versprochen hätten, die Kommunisten aus der DDR vertrieben, vielmehr habe er sie dort befestigt.

Wohl wahr, läßt sich dazu fast 60 Jahren später sagen: Wer wie die in Bonn Herrschenden mit Hilfe von Aufrüstung und dem Schmieden von Angriffskoalitionen die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges rückgängig machen wollte, ja sogar nach eigenen Atomwaffen strebte, der hatte damals die Völker, alle Vernunftbegabten in beiden Teilen Europas gegen sich, vor allem aber in Gestalt der DDR eine stabile, verteidigungsbereite Barriere. Das zeigte sich in jenen Jahren um 1960, als das Säbelrasseln des Westens umschlug in Angriffsvorbereitungen und konterrevolutionäre Operationen in der kubanischen Schweinebucht im April 1961. 1962 führte diese sogenannte Politik der Stärke fast über die Schwelle eines Atomkrieges zwischen den USA und der UdSSR. Das wiederholte sich nach dem NATO-Doppelbeschluß von 1979 und der Raketenstationierung in der BRD und in Westeuropa. Die DDR setzte damals in einer noch gefährlicheren Situation als 1962 auf eine „Koalition der Vernunft“ in Ost und West.

Diese Politik der Stärke wird heute in der Hochrüstung und Einkreisungspolitik gegenüber Rußland und China erneuert. Der deutsche Imperialismus ist überall, wo der Westen auf der Erde Krieg anzettelt, vorn mit dabei. Er hat sich nach dem Ende der DDR und der Sowjetunion wieder auf den Weg nach einem „Platz an der Sonne“ gemacht, vorerst nicht allein, sondern stets in Koalitionen. Festgeschrieben wurde das bereits 1992, kurz nach dem Anschluß der DDR, in den Verteidigungspolitischen Richtlinien der Bundeswehr: Weltweite militärische Aktivität für Rohstoffversorgung und Sicherung der Handelswege. Das bedeutet Krieg und ständige Vorbereitung darauf. Die Bundesrepublik ist ein Kriegsstaat.

Heute wird zudem über eine deutsche Atombombe erneut öffentlich nachgedacht, nur spricht niemand darüber, daß sie selbstverständlich eingesetzt werden soll. Vor 60 Jahren bekannte man sich im Bundestag noch offenherzig dazu, Leipzig oder Dresden mit Atomwaffen zu beschießen. Es vergeht praktisch kein Tag, an dem nicht das System der Rüstungskontrolle und Abrüstung, das in den 70er und 80er Jahren entstand, vom Westen torpediert wird. Auch hier macht Deutschland mit. 16 Tage nach dem mutwillig durch die USA mit Unterstützung aller NATO-Partner herbeigeführten Ende des INF-Vertrages am 2. August testeten die USA eine landgestützte Mittelstreckenrakete mit einem Waffensystem, wie sie es in Rumänien bereits vor Jahren aufgestellt haben und in Polen aufstellen wollen. Drei Tage nach dem Test erklärte der deutsche Außenminister Heiko Maas (SPD) in Moskau kühl, die Vorbereitung des Abschusses habe den INF-Vertrag nicht verletzt. So stopfen Bundesregierung und ihre Verbündeten unter der Überschrift „militärische Zurückhaltung“ ein

Pulverfaß. Sie wollen Krieg, weil sie nicht anders können, weil es Teil der Existenzweise des Imperialismus ist.

Der erste deutsche Friedensstaat

Vor diesem Hintergrund erst ist historisch zu verstehen, wenn es hieß: „Die Deutsche Demokratische Republik ist der erste deutsche Friedensstaat.“ Walter Ulbricht formulierte dies in seiner programmatischen Rede vor der Volkskammer nach seiner Wahl zum Vorsitzenden des Staatsrats der DDR am 4. Oktober 1960. Damals beschrieb er die Situation, die er 15 Jahre zuvor bei der Rückkehr aus dem Exil vorfand, so: „Ich werde nie vergessen, wie Berlin 1945 aussah. Die Stadt war ein Trümmerhaufen. Kann sich in diesem noch rauchenden Meer von Ruinen denn Leben entwickeln? fragten wir uns. (...) Es war erschütternd zu sehen, wie mutlos und ratlos viele vor den Trümmern standen und wie das Erbe des Faschismus in mehr als einer Hinsicht auf den Menschen lastete. (...) Es war damals nicht nur ein wirtschaftliches Chaos, sondern es war ein Chaos im Denken und Fühlen der Menschen. Damals ging es nicht nur um die Organisierung des Allernotwendigsten zum Leben, damals galt es, neu zu beginnen, den Menschen Weg und Ziel eines neuen Lebens zu zeigen, ihren Lebensmut wieder zu stärken.“

Was das DDR-Staatsoberhaupt hier beschrieb, bedeutete auf politischer Ebene den völligen Bankrott der deutschen Bourgeoisie. In der Sowjetischen Besatzungszone wurden daraus die Konsequenzen gezogen – entsprechend dem, was die antifaschistisch-demokratischen Kräfte 1945 proklamiert hatten und entsprechend den Beschlüssen der Antihitlerkoalition. Verlangt war die endgültige Liquidierung des Nazismus und Militarismus. In der Erklärung des Zentralkomitees der KPD vom 11. Juni 1945, die auch für die Gründung und die Existenz der DDR programmatisch war, heißt es in diesem Sinn: „Nicht nur der Schutt der zerstörten Städte, auch der reaktionäre Schutt aus der Vergangenheit muß gründlich hinweggeräumt werden. Möge der Neubau Deutschlands auf solider Grundlage erfolgen, damit eine dritte Wiederholung der imperialistischen Katastrophenpolitik unmöglich wird. Mit der Vernichtung des Hitlerismus gilt es gleichzeitig, die Sache der Demokratisierung Deutschlands, die Sache der bürgerlich-demokratischen Umbildung, die 1848 begonnen wurde, zu Ende zu führen, die feudalen Überreste völlig zu beseitigen und den reaktionären altpreußischen Militarismus mit allen seinen ökonomischen und politischen Ablegern zu vernichten.“

Ähnlich verlangte vier Tage später der Zentrallausschuß der SPD in Berlin, die „völlige Beseitigung aller Reste der faschistischen Gewaltherrschaft“ und „Maßnahmen zur demokratischen Umgestaltung Deutschlands“ auf allen Gebieten. Einigkeit mit den Kommunisten bestand darin, daß den Urhebern von Krieg und Faschismus alle ökonomischen Machtmittel entrissen werden mußten, daß die wirtschaftlichen Grundlagen des Monopolkapitals und der militaristischen Junker durch Enteignung beseitigt werden sollten. Das geschah mit Bodenreform und Überführung von Monopolbetrieben in Volkseigentum in der Sowjetischen Besatzungszone. Das war die erste revolutionäre Umwälzung dieser Art in Deutschland.

Wiederkehr des Militarismus

Das ist in den Westzonen und in der BRD verhindert worden. Das Gegenteil wurde durchgesetzt: Der deutsche Imperialismus erlebte seine Wiedergeburt durch die USA und mit Hilfe der Westalliierten. Das politische Kalkül dahinter ist bis heute trotz des Untergangs der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder Europas gleich geblieben: Schon in den 30er Jahren hatten die Westmächte, insbesondere Großbritannien, das faschistische Deutschland als Speerspitze gegen die Sowjetunion betrachtet und jeden Vorschlag für ein kollektives Sicherheitssystem in Europa abgelehnt, am deutlichsten sichtbar im schändlichen Münchner Abkommen von 1938. Es ist bezeichnend, daß in den Staatsakten, Konferenzen und Publikationen, die sich in diesem Jahr dem 80. Jahrestag des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages von 1939 widmeten, dieses Abkommen praktisch keine Rolle spielte: Es war die zynische Absage an ein gemeinsames Bündnis gegen den deutschen Faschismus.

Heute leben wir in einer ähnlichen Konstellation, die Speerspitze ist in Europa (aber auch in Afghanistan) gegen Rußland, international gegen China gerichtet. Die Bundesrepublik stellt noch immer die wichtigste Basis für den Aufmarsch gegen Rußland, auch wenn die reaktionären, teilweise von Faschisten gestellten Regierungen der baltischen Länder sowie Polen, Rumänien und faktisch auch die Ukraine sich darum reißen, diese Funktion zu übernehmen.

Hinzu kommt: Die Verfolgung von Nazi- und Kriegsverbrechen wurde in den Westzonen kurz nach 1945 eingestellt, entgegen den Beschlüssen der Alliierten. Trotz Auschwitz-Prozeß in den 60er Jahren und trotz der Bemühungen eines antifaschistischen Staatsanwalts wie Fritz Bauer erreichten die strafrechtlichen Verfahren nie den Umfang wie in der DDR. Die DDR war ein antifaschistischer Staat. Auch das wird ihr nicht verziehen. Laut den Angaben von Dieter Skiba und Reiner Stenzel in ihrem Buch „Im Namen des Volkes. Ermittlungs- und Gerichtsverfahren in der DDR gegen Nazi- und Kriegsverbrecher“ (2016) wurden in der SBZ und in der DDR zwischen 1945 und 1990 etwa 17 000 Männer und Frauen als Tatverdächtige in dieser Hinsicht erfaßt. Davon wurden 12 890 angeklagt und verurteilt: „Das sind fast doppelt so viele wie in den westlichen Zonen und der Bundesrepublik im gleichen Zeitraum.“ In der BRD lebten aber mehr als dreimal soviel Menschen wie in der DDR, außerdem hatte sich ein Großteil der Täter in den Westen begeben. Hinzu kommt, daß es auf Grundlage von Artikel 131 des Grundgesetzes gelang, im westdeutschen öffentlichen Dienst Anfang der 50er Jahre Hunderttausende ehemalige NSDAP-Mitglieder unterzubringen. Die Spitzen der Verwaltungen, der Justiz, der Geheimdienste, der Polizei und der Bundeswehr wurden ohnehin zum großen Teil von Personal der entsprechenden Behörden des faschistischen Deutschland besetzt.

Faschismus und Rassismus

Beides – das Anknüpfen an die Weltmachtspolitik des deutschen Imperialismus, aber auch die personelle Kontinuität – ist Hauptursache für das Wiederaufleben von Faschismus und Rassismus in der heutigen Bundesrepublik. Die aggressivsten Kreise der deutschen Bourgeoisie haben eine extrem rechte und demagogische Fraktion aus CDU und CSU herausgelöst und

in Gestalt der AfD selbständig gemacht. Die Partei begann als wohlstands-chauvinistische Krawallgruppe, die aus dem Euro ausscheiden wollte, weil die Bundesrepublik in der Währungsunion angeblich nur draufzahle. Als sich – ausgelöst vor allem durch die vom Westen geführten Kriege in Afghanistan, Irak, Syrien und Libyen – 2015 die Zuwanderung verstärkte, übernahmen offene Rassisten und Faschisten in der Partei das Heft. Der AfD-Vorsitzende Alexander Gauland bezeichnete den Anstieg der Zuwanderungszahlen als „Geschenk“ für seine Partei, die zuvor sinkende Umfragewerte zu verzeichnen hatte. Er hatte recht. Mit Hilfe von Konzern- und Staatsmedien, die der AfD breite Darstellungsmöglichkeiten einräumten und einräumen, gelang es, bei einem beachtlichen Teil der Bevölkerung das Thema Migration und Zuwanderung zu einem erstrangigen politischen Thema zu machen. Es berührt die Arbeits- und Lebensverhältnisse der meisten Menschen so gut wie nicht, wird aber in der veröffentlichten Meinung systematisch vor sozialen Problemen und der Frage von Krieg und Frieden behandelt. Es gibt, wie Egon Krenz formulierte, „nicht einen Grund, AfD zu wählen“.

Kein Zufall ist, daß offen faschistisch auftretende Kräfte in der AfD das Thema Flucht und Migration für rassistische Hetze nutzen. Sie knüpfen an die antikommunistische und antisemitische Ideologie des deutschen Faschismus und deren Fortleben in der BRD an. Die Erfolge von BHE und DP in den 50er Jahren, die Wahlsiege der NPD nach ihrer Gründung 1964, der Aufstieg der Republikaner in den 80er Jahren und schließlich die Erfolge von NPD und DVU in früheren Wahlperioden in Sachsen, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern besagen, daß dieses auf Gewalt und Hetze orientierte faschistische Potential nie verschwunden war. Neu an der AfD ist, daß Teile der mittleren deutschen Bourgeoisie in solcher Konstellation auftauchen. Die Erfolge der Partei in allen Bundesländern deuten zugleich darauf hin, daß ihre Wähler nicht aus einem klar umgrenzbaren sozialen Milieu stammen. Wie alle genannten rechten Parteien ist sie mit dem Staatsapparat, insbesondere mit Militär, Polizei, Geheimdiensten und Justiz, eng verflochten. Die Verstrickung der Verfassungsschutzämter des Bundes und fast aller Länder mit der unter dem Namen NSU bekanntgewordenen faschistischen Terrorgruppe ist erwiesen.

Seit der Spaltung der Arbeiterbewegung durch die Schumacher-SPD in den Westzonen besteht der Klassenauftrag der westdeutschen Parteien, Medien und dem für innere Stabilität zuständigen Sicherheits- und Justizapparat darin, keine politische oder auch nur kulturelle Hegemonie von Kommunisten oder Sozialisten zuzulassen – weder in einzelnen sozialen Gruppen wie der Industriearbeiterschaft noch regional. Das Hochspielen des Themas Migration und Zuwanderung ist, vom bisherigen Resultat her, nämlich den Wahlerfolgen der AfD, ein ideales Instrument, um durch das Schüren von nationalistischen und rassistischen Vorurteilen die Arbeiterbewegung und die Linke im weitesten Sinne zu spalten und zugleich erneut wie vor 1933 eine Massenbasis für eine extrem rechte Bewegung zu schaffen. Dazu gehört wie damals der strategisch geplante Einsatz der modernsten Medien. Während die Zahl der faschistischen Straftaten und Gewaltverbrechen auch im ersten Halbjahr 2019 erneut gestiegen ist, hetzt die AfD vor allem im Internet ausschließlich gegen ausländische Straftäter,

erklärt Abschiebung von Migranten zum Kardinalpunkt der deutschen Politik und feiert zum Teil einen Mord wie den an dem hessischen CDU-Politiker Walter Lübcke. Straftaten dieser Art werden seit Jahren nicht verfolgt – auch dies gehört zur herrschenden Politik.

Internationalismus

Die heutige Situation in der Bundesrepublik – Kriegsvorbereitung Richtung Osten, Kriegsbeteiligung auf verschiedenen Kontinenten und der gleichzeitige Aufschwung faschistischer Organisationen – erinnert daran, daß die DDR ein internationalistischer Staat von Anfang an war. Völkerfreundschaft und proletarischer Internationalismus waren in ihr fest verankert. Sie war mit den Völkern der Sowjetunion, mit den anderen sozialistischen Ländern eng verbunden. Die DDR-Bevölkerung war bei den völkermörderischen Kriegen gegen die KDVR, gegen Vietnam oder beim Putsch in Chile 1973 bereit, materiell und moralisch größtmögliche Hilfe zu leisten. Die Kämpfer für nationale Befreiung in Afrika, Lateinamerika und Asien konnten sich auf tatkräftige Unterstützung aus dem kleinen ostdeutschen Land verlassen – die kubanischen Revolutionäre, die Revolutionäre in Portugal, die Sandinisten in Nicaragua, die Frelimo in Moçambique und die MPLA in Angola, der ANC Südafrikas, die SWAPO Namibias und viele andere.

Diese Solidarität hat die Konterrevolution von 1989/1990 vernichtet. Die Friedenspolitik, der Antifaschismus, dem die Konterrevolutionäre 1989 flugs das Attribut „verordnet“ hinzufügten und fälschlich meinten, damit etwas Herabsetzendes gesagt zu haben, sowie die internationalistische Unterstützung wurden und werden bis heute tagtäglich in den Dreck gezogen. Das gehört zu den Voraussetzungen, auf denen die AfD aufbauen kann. Die Gegenkräfte sind schwach. Die Partei Die Linke macht die wichtigste Fluchtursache – die imperialistischen Kriege, an denen die Bundesrepublik beteiligt ist – nicht zum Thema, weil sie z. B. im Fall von Syrien, Libyen oder dem Krieg in der Ostukraine bis auf einzelne Mandatsträger eine Position der Äquidistanz bezogen hat. Zugleich grassiert die anarchistische Phrase „No border, no nation“ (Keine Grenze, Keine Nation) in der Partei. Mit einer marxistischen Position, für welche die nationalen und internationalen Kampfbedingungen der Arbeiterbewegung im Vordergrund stehen, hat beides nichts zu tun.

Um so dringender erscheint es, an die DDR als die bisher größte Errungenschaft der deutschen Arbeiterbewegung auch in dieser Hinsicht zu erinnern. Für die Sehnsucht vieler Menschen nach Frieden war und ist die DDR auch 30 Jahre nach dem Anschluß weltweit ein fester Bezugspunkt. An ihrer Politik der Vernunft und des Fortschritts wird auch die heutige BRD kritisch gemessen. Das schränkt die hier Herrschenden und ihr Regierungspersonal ein, das mindert ihren Spielraum – noch. Um so wilder ist ihr Haß auf den untergegangenen Staat, setzen sie alles daran, das, wofür er stand, aus den Köpfen zu entfernen, nicht zuletzt mit Hilfe der Ein-Programm-Punkt-Partei AfD. Das ist in vieler Hinsicht nicht gelungen – auch deswegen, weil es den „Rotfuchs“ gibt. Für die zukünftigen Generationen wird es von entscheidender Bedeutung sein, daß sie von der DDR und ihrer historischen Rolle erfahren, daß sie lernen: „Diese Zeit war der Anbeginn.“

Dr. Arnold Schölzel

Zum Umgang mit der DDR

Wer sagt eigentlich, daß die sogenannte Aufarbeitung der DDR-Geschichte mit der Analyse der Gründe ihres Zusammenbruchs beginnen muß? So hören wir's doch allerorten (bisweilen selbst in den eigenen Reihen). Ganz abgesehen davon, daß eine Aufarbeitung der Geschichte des Unrechtsstaates BRD für Zukunftsvorstellungen wesentlich wichtiger wäre – und vordringlich bei einer Diskussion um die Notwendigkeit eines neuen Anlaufs zum Sozialismus.

Manfred Sohn hat mit seiner Ikarus-Parabel diese Frage deutlich sichtbar gemacht. Jumbos und Überschallflugzeuge fliegen heute nicht, weil Ikarus abgestürzt ist, sondern weil er als Erster geflogen ist, weil er starten konnte und bewiesen hat: Es geht, der Mensch kann fliegen! Nach der Oktoberrevolution und in der Deutschen Demokratischen Republik wurde zum ersten Mal in der Geschichte der Beweis erbracht: Es geht! Es geht ohne Kapitalisten, ohne Ausbeutung, ohne Privateigentum an Produktionsmitteln! Die Menschheit hat eine Zukunft, in Frieden, Würde und Gerechtigkeit zu leben!

Wie kann man Zukunftsvorstellungen des Sozialismus erreichen – ohne die Umwälzung, ohne Erfolge und Fortschritte in der Sowjetunion und in der Deutschen Demokratischen Republik in Betracht zu ziehen? (... und dann muß man natürlich auch über Schwächen und Fehlentwicklungen nachdenken). Aber da gibt es wohl zu viele, die meinen, der DDR bei jeder, auch der abwegigsten Gelegenheit einen Fußtritt geben zu müssen statt ihr offenbar abhanden gekommenes Gedächtnis wiederzugewinnen und sich der erfolgreichen Vergangenheit zu erinnern – und auf sie stolz zu sein. Darum scheint es mir wert, der DDR einen anderen, höheren Stellenwert zu geben, in unserem Ringen um den künftigen, unausweichlichen Sozialismus.

Der Literaturwissenschaftler Hans Mayer – zuletzt kein direkter Freund der DDR – schrieb nach seiner Flucht aus dem sozialistischen deutschen Staat trotz allem völlig richtig und beherzenswert, man dürfe kein Ding, auch keinen Staat, nach dessen Ende beurteilen und bewerten, sondern „immer nur nach ihrem Anfang“. Ikarus ist in die Geschichte eingetreten – nicht, weil er abstürzte, sondern weil es ihm vorher gelungen war, zu starten und zu fliegen.

Heute soll die DDR ein Unrechtsstaat gewesen sein, in dem alles, was getan wurde, Un-Recht gewesen sein soll – was auch immer beschlossen oder unterlassen wurde – ob Sportler Medaillen gewannen oder Richter faschistische Verbrecher verurteilten. Im Bundes-Rechtsstaat aber war alles rechtens: Freiheit für Nazi-Verbrecher in brauner oder feldgrauer Uniform, in der Robe des Staatsanwalts und Richters, mit dem Mandat eines Abgeordneten. Und sie und ihresgleichen gieren nach Rache: Das Entsetzlichste für sie war, daß wir existierten, daß es die DDR gab.

In der deutschen Geschichte war die BRD kein neuer Staat, sondern quasi und de lege Rechtsnachfolger des kaiserlichen Deutschlands, der vorgeblichen Republik von Weimar und des Hitler-Reiches. Die Herren des Staates waren die Alten, wie die Paten der Politiker. Die Deutsche Demokratische

Republik war neu. Der erste deutsche Friedensstaat, von dessen Hauptstadt keine Bedrohung, kein Herrschaftsanspruch, kein Krieg ausgingen, sondern Friede, nicht der Schreckensschrei über Europa „Die Deutschen kommen!“, sondern völkerrechtliche Anerkennung und Lob von den Vereinten Nationen.

Rechtsstaat DDR gegen Unrechtsstaat BRD: Das wäre das Grundthema jeglicher „Aufarbeitung“. Man sollte den humanistischen Auftrag, das menschliche Anliegen, die historische Notwendigkeit diskutieren, mit denen die DDR in die Weltgeschichte eingetreten ist. Unzulänglichkeiten, Fehlentwicklungen und Verirrungen gehören auf einen untergeordneten Punkt der Tagesordnung.

Karl-Eduard von Schnitzler

(Red. bearbeitet aus „RotFuchs“, April 1998)



Jugend in Verantwortung: Hier im Erdölverarbeitungskombinat Schwedt (1974)

Foto: Ulrich Burchert